

Wiedergabe der Beiträge auf dem 9. Kooperationstreffen "Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten"

am 30. November 2011
in der Kalkscheune Berlin

Arbeitsgruppe 4 – Konzepte gegen die Folgen von Kinderarmut

Einführung: Regine Müller und Dr. Kira Funke, LVR – Landesjugendamt Rheinland, Koordinierungsstelle Kinderarmut, Köln
Moderation: Heinz-Peter Ohm, Landeshauptstadt Stuttgart Gesundheitsamt
Protokoll: Pia Block, Gesundheit Berlin-Brandenburg

Zusammenfassung:

Kommunen wünschen sich eine Verantwortungsübernahme der Politik, d.h. ein entsprechendes Mandat. Doch dies reicht nicht aus – das politische Mandat braucht auch „Kümmerer“. Die öffentlichen Ämter müssen bei einer Kooperation mit nicht-öffentlichen Organisationen (z.B. KITAS) diesen „auf gleicher Augenhöhe“ begegnen. Um das Thema Kinderarmut anzugehen, braucht es einer intensiven Beteiligung von Betroffenen sowie einer Moderation von außen: ein Beispiel hierfür sind die Handlungsempfehlungen des Kooperationsverbundes.

Einführung:

Aufgabe und Möglichkeiten der LVR-Koordinierungsstelle „Kinderarmut“

Frau Müller und Frau Dr. Funke stellen den Arbeitsbereich der Koordinierungsstelle Kinderarmut im LVR-Landesjugendamt vor.

Ausgangspunkt für die Einrichtung dieser Koordinierungsstelle war zum Einen das Projekt "NeFF – Netzwerk Frühe Förderung", welches von 2006-2009 Handlungsstrategien zur Netzwerkbildung und Netzwerksteuerung früher Förderung auf der kommunalen Ebene realisiert hat. Zum Anderen wurde im Jahr 2009 durch den LVR-Landesjugendhilfeausschuss die Koordinierungsstelle „Kinderarmut“ beschlossen. Die jugendpolitische Agenda beinhaltet folgende Schwerpunkte:

1. Sensibilisierung für Kinderarmut
2. Teilhabe sichern – Bildung ermöglichen
3. Gesundheit fördern

4. Kein Kind ohne Mahlzeit
5. Frühe Förderung – Angebote für alle
6. Vernetzung ohne Alternativen
7. Qualifizierte Mitarbeiter/innen

Die Koordinierungsstelle ist auf der Planungsebene des Jugendamtes angesiedelt und beinhaltet Fortbildung, wissenschaftliche Begleitung, Vernetzung mit anderen Jugendämtern sowie Fachberatung. Seit 2010 stehen hierfür umfangreich Mittel für den Auf- und Ausbau kommunaler Netzwerke gegen Kinderarmut zur Verfügung.

Ziel ist es demnach, ein kommunales Netzwerk gegen Kinderarmut mit betreffender Infrastruktur einzurichten. Im Rahmen des Programms „Kommunale Netzwerke“ erhalten seit diesem Jahr 10 Kommunen pro Jahr für 3 Jahre eine finanzielle Förderung, mit der eine Koordinierungsstelle „Kinderarmut“ in der jeweiligen Kommune auf der Planungs- und Steuerungsebene des Jugendamtes eingerichtet werden kann. Die Fördersumme hängt von der Größe der Kommunen ab.

Darüber hinaus können auch weitere Kommunen ohne Förderung die Beratung der LVR-Koordinierungsstelle in Anspruch nehmen. Momentan befinden sich 11 Kommunen in der Beratung.

Als Ziele der kommunalen Kinderarmutsprävention werden die Orientierung am Leitbild des kindlichen Wohlergehens, die Förderung aller Kinder und Jugendliche, die Vermeidung kindspezifischer Armutfolgen, die Förderung von Schutzfaktoren sowie die Sicherung und Gestaltung kindgerechter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen genannt.

Diskussion:

Im Anschluss an die Vorstellung der Aufgaben und Handlungsbereiche der Koordinierungsstelle „Kinderarmut“ werden Erfahrungen der Arbeitsgruppenteilnehmer ausgetauscht. Einig sind sich darüber alle, dass eine Verantwortungsübernahme durch die Politik unerlässlich ist. In vielen Kommunen gibt es gute Ansätze und Angebote zur Vermeidung von Kinderarmut, auf die aufgebaut werden kann. Nicht selten fehlt es aber an strukturierter Vernetzung und einer entsprechenden Koordinierungsstelle. Es wird jedoch auch in die Diskussion eingebracht, wie wichtig es ist, nicht nur eine eindimensionale Betrachtung von Netzwerken einzunehmen.

Weiter wird von einem positiven Beispiel aus Berlin berichtet: Im Zuge der Neuwahlen wurde vor Kurzem als neue Struktur in allen Bezirksämtern eine Organisationseinheit „Planungskoordination“ eingeführt, die sozialraumorientierte Vernetzung betreibt.

Als weitere Erfahrung aus dem Programm „Kommunale Netzwerke“ wird die Notwendigkeit einer zentralen Ansprechperson benannt.

Aus Kassel wird von „virtuellen Familienzentren“ berichtet, über die eine Netzwerkerin Treffen organisiert.

Ferner erfordern gesteuerte Netzwerke eine neue Handlungslogik zwischen freien und öffentlichen Trägern. Nur wenn eine Kooperation auf Augenhöhe und eine gemeinsame Bearbeitung der Thematik stattfindet, kann Vernetzung gelingen.

Als Herausforderung für kommunale Vernetzung wird die Konkurrenz zwischen den Trägern, aber auch zwischen den Ämtern aufgeführt. Die Umsetzung interdisziplinären Arbeitens ist für einige Teilnehmer/innen demnach bis jetzt noch eine Illusion und aus den Erfahrungen heraus weiterhin unheimlich schwierig.

Zentraler Erfolgsfaktor für kommunale Netzwerke ist die Kontaktpflege, die häufig auf den persönlichen Ressourcen einer Person beruht. Dies gilt es durch entsprechende Strukturen zu vermeiden.

Am Ende der Arbeitsgruppe wird die Betroffenenperspektive betont. Die Beteiligung von Betroffenen muss hohe Priorität haben und bedeutet im Anschluss auch ein Nutzen für alle Netzwerkpartner/innen. Jedoch wird auch das Problem der Stigmatisierung aufgezeigt. Um benachteiligte Kinder zu fördern, müssen sie zunächst als Benachteiligte identifiziert werden. Häufig geht hiermit gleichzeitig eine Stigmatisierung einher.

Ein gutes Beispiel aus Marzahn-Hellersdorf zeigt, dass ein vorurteilsfreier Zugang möglich ist: Hier erhält jede Familie bei Geburt des Kindes einen Gutschein über 2 x 20 € für Familienangebote. Alle beteiligten Akteure sind im Anschluss dafür verantwortlich, sozial benachteiligte Familien an die Angebote heranzuführen, so dass sie tatsächlich wahrgenommen werden.